

PRESSEMITTEILUNG

Zur praktizierten Abschiebep Praxis von togolesischen Flüchtlingen hat sich der Landesvorsitzende der Linkspartei.PDS, Peter Ritter (MdL), an den Außenminister der Bundesrepublik gewandt. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Außenminister,

in Mecklenburg-Vorpommern lebt ein Großteil der togolesischen Flüchtlinge, die in Deutschland Zuflucht suchen. Ihre bisherige Aufenthaltsdauer beträgt in nicht wenigen Fällen zehn Jahre und länger. Auf Grund der politischen Situation in Togo unter dem Diktator Gnassingbe Eyadema sind selbst die ausreisepflichtigen TogoInnen (zurzeit in Mecklenburg-Vorpommern etwa 320, davon ca. 210 mit Duldung) nicht in ihr Herkunftsland abgeschoben worden.

Diese Situation hat sich verändert, seit die Innenministerkonferenz (IMK) im vergangenen Jahr darin übereinkam, selbst Flüchtlinge mit langjährigem Aufenthalt verstärkt und schneller abzuschieben.

Dadurch und zusätzlich durch den "Fall" von Herrn Alassane Moussbaou (der, auf Grund politischer Opposition in Togo 2001 nach Deutschland geflohen, trotz exponierter exilpolitischer Tätigkeit in sein Herkunftsland abgeschoben werden soll) sensibilisiert, fragten wir danach, ob eine entspannte politische Lage die deutlich veränderte Entscheidungspraxis von Ausländerbehörden, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BMF) und Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern begründen könne. Dabei zogen wir insbesondere den Lagebericht des Auswärtigen Amtes und Lageeinschätzungen von Nichtregierungsorganisationen (NGO) zu Rate.

Der Lagebericht Ihres Hauses, Herr Minister, verweist bei weiterhin bestehender Konfliktlage zwar darauf, dass Geschäftsleute und TouristInnen das westafrikanische Land nicht aufsuchen sollten, gleichwohl sei eine Abschiebung von TogoInnen dorthin möglich und vertretbar.

Dieser Widerspruch ist für uns nicht aufzulösen, es sei denn, man misst Menschen mit unterschiedlichen Maßstäben.

Berichte aller NGO, die sich mit der Situation in Togo befassen, heben indes hervor, dass sich die politische Lage nach dem Tod von Gnassingbe Eyadema und, nach gefälschten Wahlen am 24. April 2005, der Machtübernahme durch dessen Sohn Faure noch verschärft habe. Es wird auf einen starken Anstieg von Unterdrückung, Verfolgung und Gewalt verwiesen.

Der UNHCR spricht in seiner "Stellungnahme ... zur Behandlung von Asylsuchenden aus Togo" vom 2. August 2005 (Anlage 1) von "allgemein herrschender Gewalt und gezielten Verfolgungshandlungen ... nach dem 26. April 2005", "nächtlichen Razzien, Verhaftungen, Vergewaltigungen und Fälle(n) von Verschwindenlassen, die sich gegen Militante sowie Anhänger und Verbündete der Opposition richten und vermutlich vom togolesischen Militär und dem Militär nahe stehenden Milizen verübt werden".

Er berichtet von 16.500 TogoInnen, die in die Nachbarländer Benin und Ghana geflohen

sind; täglich würden 200 Personen hinzukommen. Ähnlich äußert sich Amnesty International (Anlage 2 unten).

Die togolesische Menschenrechtsliga LTDH berichtet per 18. Mai 2005 von 790 getöteten und über 4.000 verletzten Menschen. Darauf nimmt auch das Verwaltungsgericht (VG) Oldenburg Bezug (Anlage 2 oben), das in ihrem Beschluss auch auf Briefing Notes des BMF vom 17. und 23. Mai 2005 sowie eine Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes vom 23. Mai 2005 verweist, in denen von 26.000 bzw. 32.000 bzw. 31.000 sich in Nachbarländer flüchtende TogoInnen die Rede ist.

Der Charakter des Menschenrechte negierenden diktatorischen Regimes Togo wird ebenso in einer Urteilsbegründung des VG Karlsruhe (noch vor dem "Machtwechsel"!)) deutlich (Anlage 3) wie in der Stellungnahme des UNHCR zum Asylverfahren von Herrn Alassane Moussbaou (Anlage 4).

Persönliche Sichten, die die allgemeinen Wertungen und Analysen ergänzen, werden in Berichten und Briefen sichtbar (Anlagen 5-7).

Darüber hinaus werden im Update der Ethnologin Angela Benedir-Müller weitere Aspekte wie zum Justizsystem, zu differenzierten Aussagen zur Menschenrechtslage (Gefährdungsprofile) oder zu akuten Gefahren einer Rückkehr von Flüchtlingen sichtbar (Anlage 8).

In der o.g. Stellungnahme des UNHCR (Anlage 1) wird von den "Aufnahmestaaten außerhalb Afrikas" " unter Berücksichtigung der anhaltend prekären Sicherheitslage, der noch immer fraglichen politischen Situation sowie der andauernden Menschenrechtsverletzungen aus ethnischen und politischen Gründen ... ein Moratorium der zwangsweisen Rückführungen für abgelehnte Asylsuchende nach Togo" erwartet.

In gleicher Weise wird auf das Erfordernis eines Abschiebestopps durch Herrn Hinrich Kuessner, ehemaliger Präsident des Landtages Mecklenburg-Vorpommern und durch sein entwicklungspolitisches Engagement genauer Kenner Togos, verwiesen. Er war unseres Wissens nach bereits Ende 2005 in dieser Sache an das Auswärtige Amt herangetreten.

Ein solches Abschiebungsmoratorium stünde in Übereinstimmung mit Artikel 33 des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (Genfer Konvention - GFK) vom 28. Juli 1951:

"Keiner der vertragschließenden Staaten wird einen Flüchtling auf irgendeine Weise über die Grenzen von Gebieten ausweisen oder zurückweisen, in denen sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht sein würde."

Seinen gesetzlichen Ausdruck findet dieses Übereinkommen in Artikel 1 § 60 Zuwanderungsgesetz (ZuwG).

Sehr geehrter Herr Minister,

wir erwarten von Ihnen, sich in zweierlei Hinsicht einzusetzen:

- Veranlassen Sie eine Überarbeitung des Lageberichtes des Auswärtigen Amtes zur Situation in Togo, die der dortigen Realität entspricht.
- Machen Sie Ihren Einfluss dahingehend geltend, dass gemäß Artikel 1 § 79 Absatz 1 ZuwG "über den Aufenthalt von Ausländern ... auf der Grundlage der im Bundesgebiet

bekanntem Umstände und zugänglichen Erkenntnissen entschieden (wird)".

Und dazu zählen neben regierungsamtlichen Lageberichten gleichberechtigt Lageeinschätzungen solcher NGO wie UNHCR und Amnesty International.

Schwerin, 14. Januar 06

Mit freundlichen Grüßen

Peter Ritter
Landesvorsitzender
der Linkspartei.PDS
Mecklenburg-Vorpommern